

Christopher König**„Die Fronten sind andere geworden...“ Liberale Kulturprotestanten und
der Nationalsozialismus am Beispiel der Zeitschrift „Die Christliche Welt“**

Der Marburger Theologieprofessor Martin Rade zeichnete die Zukunft der von ihm mitgegründeten Zeitschrift „Die Christliche Welt“ im November 1933 in düsteren Farben. Manche Beobachter würden denken, „wir piffen schon auf dem letzten Loch“.¹ Die politischen Veränderungen im nun nationalsozialistisch gewordenen Staat ebenso wie die Umwälzungen in den evangelischen Kirchen stellten die Daseinsberechtigung der Zeitschrift und der sie als Lesergemeinschaft flankierenden „Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt“ in Frage. Allerdings durfte von einem Einknicken, gar von „Resignation“ angesichts der gesellschaftlichen Gesamtlage in Rades Augen keine Rede sein. „Mag unsre Gruppe jetzt klein und ohnmächtig sein, sie ist da und hat ihre Aufgaben“.²

Rades Versuche, im Laufe des Jahres 1933 politische und organisatorische Positionsfindung zu betreiben, spiegeln die tiefgreifende Erschütterung eines überwiegend – jedoch keineswegs durchgängig – liberal ausgerichteten Intellektuellennetzwerkes durch die „nationale Revolution“ Hitlers und die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Einschränkungen wider. Rade zufolge bedeutete die Existenz des Kreises um die „Christliche Welt“ und das von ihr repräsentierte politische und kulturelle Meinungsspektrum angesichts des unklaren, vielfach als beängstigend empfundenen politischen Klimas eine „Lebensnotwendigkeit“ für Kirche und Volk, die es auch unter den Bedingungen der sich etablierenden NS-Diktatur zu erhalten galt.

Rades programmatische Aussagen lassen – dem Tagungsthema entsprechend – nach der „Beziehungsgeschichte“ des Kreises um die „Christliche Welt“ zum Nationalsozialismus in den 1930er Jahren fragen. Inwieweit gelang der Zeitschrift, ihren Lesern und Autoren, unter den repressiven kulturellen Bedingungen des nationalsozialistischen Staates ihre „Eigenart“ als liberal orientierte Reflexionsgemeinschaft zu bewahren?³ Um sich dieser Fragestellung zu

¹ Martin Rade: Weihnachten 1933 im Heim, in: An die Freunde (AdF), Nr. 110, 25.11.1933, S. 1101f.

² Ebd.

³ Ebd.

nähern, zieht dieser Beitrag die politischen Diskurse und Positionierungen in der Zeitschrift „Die Christliche Welt“ sowie in dem mit ihr eng verbundenen, vertraulichen Mitteilungsblatt „An die Freunde“ heran, das Einblicke in die Binnenkommunikation der „Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt“ ermöglicht.

Die zahlreichen theologischen Gruppen, Bünde und Vereinigungen, die vor 1930 das Bild des liberalen Protestantismus prägten, stellten aufgrund ihrer organisatorischen und ideellen „Vielgestaltigkeit“ einen ambivalenten Komplex mit hoher Binnendifferenzierung dar.⁴ Einerseits bildeten die um die „Christliche Welt“ gescharten, häufig als „verfassungstreue Kulturprotestanten“ zusammengefassten Theologen und Theologinnen⁵ im Umfeld Rades eine der wichtigsten Trägergruppen des entschiedenen Republikanismus im Weimarer Staat.⁶ Bereits im Kaiserreich bestanden enge Querverbindungen zu liberalen Parteiorganisationen, die stilbildend von Martin Rade als persönlichem Mittelpunkt des Kreises um die „Christliche Welt“ verkörpert wurden. Rades politische Motivation ließ sich auf mehrere Quellen zurückführen. Sie entsprang der Abwehr des alldeutschen Nationalismus im Umgang mit den nationalen Minderheiten in Schleswig und Polen ebenso wie der Kritik am wilhelminischen Obrigkeitsdenken. Sie beruhte zudem auf der engen Verbindung zu Rades Schwager Friedrich Naumann, aus der eine tragfähige und langfristige ideenpolitische wie personelle Verbindung zwischen der „Hilfe“ und der „Christlichen Welt“ und ihren Trägergruppen erwuchs. Rade hatte 1907 begonnen, sich für eine christlich wie staatsbürgerlich begründete „Pflicht zur Politik“ einzusetzen und diesen Schritt parteipolitisch durch den Eintritt in die „Freisinnige Vereinigung“ vollzogen.⁷ Nach 1918 gehörte er zu den führenden, vor allem kulturpolitisch interessierten Mitgliedern der DDP. Mit Otto Baumgarten, Heinrich Hermelink, Martin Dibelius und anderen gehörten mehrere Autoren der Zeitschrift zu der kleinen, öffentlich aber höchst wahrnehmbaren Gruppe evangelischer Theologen, die sich im liberalen Parteienspektrum, zumeist in der DDP, organisiert hatten. Nach der nationalsozialistischen Macht-

⁴ So resümierend Friedrich Wilhelm Graf: Art. „Kulturprotestantismus“, in: Religion in Geschichte und Gegenwart, 4. Aufl., Bd. 4, Tübingen 2001, S. 1850-1852.

⁵ Akademisch ausgebildete Religionslehrerinnen an höheren Schulen wie Carola Barth stellten bis 1940 etwa ein Fünftel der Autorenschaft. Damit unterschied sich die Zeitschrift deutlich von anderen kirchennahen Publikationsorganen.

⁶ Kurt Nowak: Kulturprotestantismus und Judentum in der Weimarer Republik, Göttingen 1991, S. 5.

⁷ Martin Rade: Unsere Pflicht zur Politik, Marburg 1913; ders.: „Unsere Pflicht zur Politik“, in: AdF, Nr. 62, 15.11.1918, S. 675; zu Rades politischem Werdegang vgl. Anne Christine Nagel: Martin Rade – Theologe und Politiker des Sozialen Liberalismus, Gütersloh 1996.

übernahme 1933 gehörte die liberale Theologie – den Forschungen Horst Sassins zufolge – neben Bildungsinstitutionen, der Kunstszene und einigen Wirtschafts- und Verwaltungskräften zu den Resistenzreservoirs, in denen es gelang, trotz „Gleichschaltung“ einen Unterstrom liberaler Einstellungen im Dritten Reich zu bewahren.⁸

Andererseits ließ sich allerdings eine „offene Flanke“ gegenüber nationalistischen Argumentationsmustern sowie ambivalente Haltungen gegenüber dem Antisemitismus kaum übersehen, die der Kulturprotestantismus mit dem politischen Liberalismus teilte.⁹ Diese weltanschauliche „Schwäche“ resultierte aus dem Streben nach Einheit, Volksgemeinschaft und einem kulturellem Homogenitätsanspruch, der auch antiwestliche Affekte zuließ.¹⁰ Schlaglichtartig kam diese Spannung in einer Radiosendung zum Ausdruck, die von der norddeutschen Rundfunkanstalt Norag im Mai 1932 ausgestrahlt wurde. Der Rundfunkbeitrag stellte die „Christliche Welt“ als ein zentrales Diskursorgan im Protestantismus vor, dem es gelang, mit hoher Sensibilität kulturelle und soziale Gegenwartsfragen zu Sprache zu bringen. Zu der gepriesenen „Zeitgemäßheit“ der Zeitschrift gehörte jedoch auch ihre Offenheit zur Auseinandersetzung mit den völkischen Theologien der Gegenwart.¹¹

Die im vorliegenden Beitrag in den Vordergrund gestellten Diskussionen um Liberalismus, Demokratie und Politik zwischen Herausgeber, Autoren und Leserschaft der „Christlichen Welt“ in der Endphase der Weimarer Republik unterlagen folgenden strukturellen Bedingungen:

1. Die enge Affinität zum Linksliberalismus und das Bekenntnis zur Weimarer Republik führten die Zeitschrift von vorne herein in eine defensive Rolle. Ihre Positionierungen zu Politik und Gesellschaft entstanden in der Überzeugung, den parlamentarischen *status quo* der Weimarer Verfassung erhalten zu wollen oder ihn an seinen weltanschaulichen und sozialen Krisenherden reformieren zu können. Zugleich war ein großes Bewusstsein dafür vorhanden,

⁸ Horst Sassin: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann Gruppe 1934-1942, Hamburg 1993, 18f (unter Bezugnahme auf einen Gestapobericht von 1938).

⁹ Grundlegend: Friedrich Wilhelm Graf: „Wir konnten dem Rad nicht in die Speichen fallen“. Liberaler Protestantismus und ‚Judenfrage‘ nach 1933, in: Jochen-Christoph Kaiser / Martin Greschat (Hg.): Der Holocaust und die Protestanten, Frankfurt 1988, S. 151-185.

¹⁰ Rita Thalmann: Die Schwäche des Kulturprotestantismus bei der Bekämpfung des Antisemitismus, in: Kurt Nowak / Gérard Raulet (Hg.): Protestantismus und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Frankfurt 1994, S. 147-165, 147f.

¹¹ Theodor Bieder: Die Christliche Welt und ihr Bücherkreis. Am 6. Mai 1932 durch den Nordischen Rundfunk (Norag), Hamburg, gesprochen, in: Die Christliche Welt (CW) 46, Nr. 12, 11.6.1932, Umschlag.

sowohl politisch als auch im kirchlichen Umfeld einer hart umstrittenen Minorität anzugehören. Die in den Spalten der „Christlichen Welt“ teilweise vehement geführten Debatten um das Verhältnis von Kirche und Politik und um die Berechtigung von Demokratie und Parteienwesen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihnen in der Mehrheit der Kirchenpresse eine ablehnende, scharf antiparlamentarische Haltung gegenüberstand.

2. Die politischen Erörterungen zwischen 1930 und 1933 erfolgten in einer Phase, in der die personelle Basis der „Christlichen Welt“ einer dramatischen Erosion ausgesetzt war. Diese Entwicklung verlief parallel zum Bedeutungsverlust der liberalen Parteien, die bei den Wahlen von 1932 auf den Status von politischen Splittergruppen herabsanken. Sie wurde zudem durch einen Generationswechsel innerhalb der evangelischen Theologie verstärkt, der sich vielfach in kulturkämpferischem Gestus als Angriff auf die Theologien der vor 1914 geprägten Leitfiguren des Kulturprotestantismus inszenierte, die nun als bürgerlich-relativierende Bildungslehre angefeindet wurden. Die Angriffe „auf den liberalen, kritisch und geschichtlich denkenden Kulturprotestantismus“ führten, wie Otto Baumgarten 1932 auf dem Evangelisch-sozialen Kongress in Karlsruhe ausführte, zu einer erheblichen Einschränkung der politischen und sozialpolitisch-reformerischen Reichweite der liberalen Teilgruppen innerhalb der protestantischen Bevölkerung.¹²

Die im Kreis der „Christlichen Welt“ wiederholt als gesellschaftliches Alarmsignal wie auch als wirtschaftliches Existenzrisiko thematisierten Abonnentenzahlen spiegeln diese Entwicklung deutlich wider. Konnte sich die Zeitschrift 1918 auf einen Abonnentenstamm von 3.614 festen Beziehern verlassen, sank diese Zahl im Laufe der 1920er Jahre kontinuierlich ab. Rade wies seine Mitstreiter im August 1930 darauf hin, dass sich das Weiterbestehen des Blattes mit knapp unter 3.000 Bestellern noch eben sichern ließ.¹³ Die Leserwerbung blieb ein Sorgenthema, an dem Verleger wie Herausgeber vermutlich zurecht die schwindende Akzeptanz der Zeitschrift und ihres Programms bemaßen. Wie eine 1934 vom Verleger initiierte Werbeaktion „Jugend an die Front“ zeigte, betraf die Negativentwicklung besonders den Lesernachwuchs in der jüngeren Generation.¹⁴ Deutlicher noch war der Schwund in der Leservereinigung der „Freunde der Christlichen Welt“: Hier waren im November 1933 nur noch

¹² Otto Baumgarten: Evangelisch-sozialer Kongreß in Karlsruhe, in: CW 46 (1932), S. 594-602. Baumgarten fasste damit seinen Beitrag zum traditionellen „öffentlichen Volksabend“ des Kongresses zusammen.

¹³ Rade: Unsere Zukunft, in: AdF, Nr. 97, 30.8.1930, S. 1023-1027.

780 von 1.127 Mitgliedern nach Stand von 1927 übrig.¹⁵ In Relation gesetzt mit anderen bildungsbürgerlichen Organen stellte die „Christliche Welt“ mit diesen Zahlen 1933 allerdings noch immer einen beträchtlichen Diskursfaktor dar.

3. Schließlich hatte das Blatt im Januar 1932 einen Herausgeberwechsel zu überstehen. Obwohl Rade in der „Christlichen Welt“ weiterhin als Kommentator präsent blieb, konnte die Zeitschrift mit dem Kieler Theologieprofessor Hermann Mulert an einen publizistisch erfahrenen langjährigen Mitarbeiter übergeben werden, der mit einem ausgesprochen liberalen Profil für größtmögliche politische und kirchliche Kontinuität im Kurs des Blattes stand. Mulert war als Naumannianer 1918 der DDP beigetreten und hatte seine Loyalität zum Weimarer Staat durch Mehrfachmitgliedschaften in liberalen Vorfeldorganisationen wie dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dem Politischen Klub in Leipzig, dem Kieler Liberalen Verein sowie als linksliberaler Mandatsträger auf Landesebene deutlich gemacht. Mit Friedrich Siegmund-Schultze wurde ein zweiter Theologe in die Zeitschriftenleitung kooptiert, der als Präsident des deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbundes und als Schriftleiter der ökumenisch-pazifistischen Zeitschrift „Die Eiche“ für den internationalen Ausgleich stand. Die Zeitschrift blieb damit ein exponiertes Sprachrohr für liberale, internationale und pazifistische Positionen.

1. „Die Christliche Welt“ – ein liberales Blatt? Republik und Demokratie seit 1918

Die „Christliche Welt“ verstand sich als eine theologische Kulturzeitschrift, die gezielt um diskursive Offenheit bemüht war. Erst in der Weimarer Krisenphase fand der Begriff „liberal“ als Programmbegriff Verwendung. Allerdings ließ sich spätestens seit den 1920er Jahren beobachten, wie Rade versuchte, den Freundeskreis gegen scharfe Widerstände auf einen republikfreundlichen Kurs einzuschwören und die „Pflicht zur Politik“ zum Markenzeichen zu machen. Um eine Klammer um divergierende Politikauffassungen im Kreis bilden zu können, wurde der Vorstand der „Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt“ mit Martin Rade als DDP-Mitglied, dem DNVP-Mitglied Pfarrer Johannes Kübel und dem religiösen Sozialisten Emil Fuchs besetzt. Im Zeitschriftendiskurs schloss das utopische Gesellschaftsprojekte wie die der Religiösen Sozialisten ebenso wenig aus wie konservative Stimmen. Wie Rade immer

¹⁴ Leopold Klotz: Jugend an die Front, in: CW 48 (1934), S. 384.

¹⁵ Ewald Stier: Ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt, in: AdF, Nr. 110, 25.11.1933, S. 1104-1109.

wieder betonte, ging es darum, eine religiöse und intellektuelle „Gesinnungsgemeinschaft“ zu schaffen, die nicht an politischen Präferenzen scheitern durfte.¹⁶

Dennoch drängte Rade sein Umfeld bereits in den Revolutionsmonaten 1918/19 dazu, sich mit „Wahrhaftigkeit und Entschlossenheit“ auf die republikanischen Verhältnisse einzulassen und aktive „Anteilnahme an Volksloos und Staatsleben“ zu zeigen.¹⁷ Dabei griff er auf seine Vorkriegsüberlegungen über „Machtstaat, Rechtsstaat, Kulturstaat“ zurück, die auf der Suche nach einem republikanischen Staatsbegriff erneut Relevanz erhielten. Demnach beruhte die neue Verfassung auf einem einheitlichen und für alle Bürger gültigen Gesetz; sie hatte den Willen der „Volksgemeinde“ zur Basis; zudem hatte sich der Staat als Machtinstrument nicht nach Außen zu richten, sondern nach Innen und dem Ausbau des „Rechtsstaats“ als „Kulturstaats“ zu dienen.¹⁸

Auf einen entfalteten Demokratiebegriff ließ sich allerdings nicht zurückgreifen. Die entwicklungsgemäße Kontinuität der Republik mit dem vorherigen Staat wurde betont, die als Konsequenz und sittliche Notwendigkeit aus dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat hervorgegangen war und somit das „ideale Recht der demokratisch-sozialistischen Volksherrschaft“ nach dem Zusammenbruch der Monarchie betont.¹⁹ Durch den Versailler Vertrag und die krisenhaften Anfangsjahre der Republik wurden im Kreis der „Christlichen Welt“ allerdings auch solche mentalen Bestände gefestigt, die ein entschiedenes Einlassen auf den Weimarer Staat erschwerten. Der entmilitarisierte Staat wurde als „kraftloses Gebilde“ wahrgenommen.²⁰ Das Ergebnis der Versailler Friedensverhandlungen löste einen nachhaltigen Schock aus: „Schwarz die Zukunft, rot die Gegenwart, gold die Vergangenheit: die Farben passen.“²¹ Neben ausgesprochen demokratischen Stimmen erhielt sich in der Zeitschrift ein Diskurs, der teilweise erhebliche Reserven gegen den parlamentarischen Betrieb, der sich in richtungslo-

¹⁶ Vgl. dazu die schwierigen Kursdebatten zu Anfang der 1920er Jahre, die in den Rundschreiben „An die Freunde“ gut dokumentiert sind, sowie Rade: Die Doppelnatur unsers Kreises, in: AdF, Nr. 56, 8.7.1916, S. 634-639; Dora Rade: Wie weiter?, in: AdF, Nr. 107, 18.11.1932, S. 1088f.

¹⁷ Rade: Die Christliche Welt in der neuen Zeit, in: AdF, Nr. 62, 15.11.1918, S. 675f; ders.: Unsere Pflicht zur Politik, in: ebd., 675.

¹⁸ Rade: Der Staat ist Macht, in: CW 33 (1919), S. 199f.

¹⁹ Otto Baumgarten: Die Bedeutung des Protestantismus für unser Volk, in: CW 33 (1919), S. 490-493, 513-516, 527-531, 554-558, hier S. 492.

²⁰ Ernst Rolffs: Friedrich Wilhelm Foersters politische Ethik, in: CW 33 (1919), S. 262-267.

²¹ Karl Bornhausen: Sonnabend den 28. Juni 1919 Nachmittag, in: CW 33 (1919), S. 442-444.

sen „Gesprächen, Debatten, Preißfehden“ manifestiere, zum Ausdruck brachte.²² Auch Demokraten wie dem Eisenacher Pfarrer Emil Fuchs zufolge litt die Republik unter dem Fehlen energischer „Führernaturen“, die „geistig geschlossene Massen“ hinter sich versammelten und die von wirksamen „Ideen“ geleitet wussten.²³ Noch 1926 erklärte Johannes Kübel apodiktisch, dass die „konstitutionelle Monarchie“ grundsätzlich die „beste Staatsform“ darstelle.²⁴

Es waren vor allem die bis 1933 jährlich von der „Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt“ durchgeführten Herbsttagungen, die einen Ort boten, an dem die politischen Richtungskonflikte in der persönlichen Auseinandersetzung aufeinanderprallen konnten. Die Tagungen waren zunächst Austragungsort des theologischen Disputes, sukzessive traten jedoch Fragen der politischen Ethik und zunehmend der grundsätzlichen Orientierung in den Vordergrund. Seit 1931 wurden ausdrücklich die „Gewissensangelegenheiten der Zeit“ in den Fokus gerückt.²⁵ Doch war das nicht völlig neu. Bereits die Tagung 1915 nahm die kirchliche und die gesellschaftliche Neuordnung nach dem Kriege in den Blick. Personell wurde dabei ein Bogen in die oppositionellen Reformkreise geschlagen, indem die Anwesenheitsliste Publizisten und Verleger wie Wilhelm Stapel, Ferdinand Avenarius und Eugen Diederichs umfasste. In der Diskussion prallten partizipatorische Reformforderungen, die protestantische Kriegspredigt, ein Bekenntnis zum „neu erwachten völkischen Gemeinschaftsgefühl“ und die Suche nach Alternativen zur jetzigen „Gewalt-Politik“ aufeinander.²⁶ Eine ähnliche spannungsreiche Verbindung unterschiedlicher Einflüsse stellte auch die erste Nachkriegstagung 1919 her, die Ernst Troeltsch ebenso wie Paul Rohrbach ein Podium bot. Im Duktus der liberalen Kriegsdeutung ging es Rohrbach um die Zukunftsorientierung des deutschen Weltgedanken, der nun allerdings unter neuen Vorzeichen als entmilitarisierte Kultursendung des deutschen Geistes mit dem Ziel einer mitteleuropäischen Neuwerdung umgeprägt wurde.

Rade zog auf dieser Tagung allerdings auch eine markante Grenzlinie gegenüber der „nationalistisch-monarchistisch-militaristischen Richtung“ des Mehrheitsprotestantismus ein, im

²² Herbert Stourzh: Wider das Aneinander-Vorbeireden. Philosophische Bemerkungen zur Politik, in: CW 36 (1922), S. 44f.

²³ Emil Fuchs: Politik und Ideen, in: CW 36 (1922), S. 313-319. Fuchs trat 1921 in die SPD ein.

²⁴ Johannes Kübel: Kirche und Fürstenenteignung, in: CW 40 (1926), S. 564f.

²⁵ Ewald Stier: Friedrichroda 7. und 8. April, in: AdF, Nr. 100 (1931), S. 1043-1046.

²⁶ E. Kalbe: Bericht über die Verhandlungen am 26. Mai, in: AdF, Nr. 53, 22.6.1915, S. 608-613; Rade: Ordentliche Mitgliederversammlung, in: ebd., S. 613-615.

Wissen, dass diese Entscheidung angesichts der mentalen Überhänge aus dem Wilhelminismus gerade für die Pastoren unter seinen Anhängern eine Herausforderung darstellte. Rade war nicht bereit, der „Christlichen Welt“ „politische Neutralität“ als herausgeberische Kursvorgabe zuzugestehen.²⁷

Vor allen Dingen in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre forcierte er den Konflikt und nutzte geschickt symbolische Brennpunkte wie die Reichspräsidentenwahlen von 1925 und 1932, den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund 1926 oder die Fürstenenteignung im gleichen Jahr, um eine publizistische Konfrontation zu ermöglichen. Neben der ausgiebigen Kommentierung von gesellschaftlichen und politischen Nachrichten, die in der „Christlichen Welt“ unter der Überschrift „Chronik“ zusammengefasst wurden, diente der Austausch offener Briefe der inhaltlichen Auseinandersetzung. Besonders gegenüber dem ehemaligen Weggefährten Gottfried Traub als Herausgeber der konservativ-nationalistischen „Eisernen Blätter“ grenzte sich die Zeitschrift scharf und öffentlich ab, was auf besondere Aufmerksamkeit stieß, da der Konflikt einen sichtbaren Repräsentanten des Kulturprotestantismus mit gemeinsamen Wurzeln in der Naumann-Vergangenheit betraf, dessen politische Ausrichtung sich während des Ersten Weltkriegs einer Neuorientierung unterzogen hatte, die in ihrer einseitigen Fixierung auf den neuen Nationalismus vom Kreis um Rade aber mehrheitlich nicht geteilt wurde. Traub wurde vorgeworfen, durch seine nationalistische Polemik Kapital aus der politischen Stimmungslage wie aus der sozialen Not schlagen zu wollen. Die aggressiven Hetzpraktiken der rechten Presse gegen weltanschauliche Gegner erkläre politisch Andersdenkende letztlich für „vogelfrei“.²⁸

Die republikanische Positionierung hatte natürlich auch kirchenpolitische Relevanz. Dass die evangelischen Kirchen sich auf einen politischen und religiösen Kampf gegen die Republik rüsteten, wurde als Gefahr wahrgenommen gleichermaßen für den Bestand des Weimarer Staates als auch für den Anspruch, als „Volkskirche“ ein religiöses Integrativ für alle sozialen Schichten darzustellen. Schon 1919 wurde davor gewarnt, dass die Landeskirchen in den

²⁷ So seine Äußerungen laut Protokoll der ersten Mitgliederversammlung der „Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt“ nach dem Krieg in Eisenach vom 1.-3.10.1919M; Stier: Ordentliche Mitgliederversammlung, in: AdF, Nr. 66, 1.11.1919, S. 710-713.

²⁸ Kleine Mitteilungen, in: CW 40 (1926), S. 468; Friedrich Siegmund-Schultze: Nochmals: Was verlangt die gegenwärtige Not von uns?, in: CW 46 (1932), S. 309-321.

Geruch kämen, sich in „Kampforganisationen“ der Reaktion zu verwandeln.²⁹ Rade wies als Herausgeber unermüdlich darauf hin, wie missbräuchlich ein einseitiges konfessionelles Christentumsverständnis etwa von der DNVP im Verbund mit konservativen Protestanten im Wahlkampf instrumentalisiert wurde. Das spiegelte allerdings das Verhalten der kirchlichen Presse wider, die mit einer „erstaunlichen Rücksichtslosigkeit“ zu einer Politisierung des evangelischen Wahlvolkes beitrug.³⁰ Entsprechend wurde gegenüber dem Versuch des ehemaligen Hofpredigers Bruno Doehring, 1928 mit der „Luther-Partei“ eine protestantisch-konservative Milieupartei neben der DNVP zu begründen, eine scharfe Grenzlinie formuliert. Von solchen Bestrebungen sei der Kreis „innerlich und äußerlich geschieden“.³¹

Vielmehr setzte man auf eine idealistisch-patriotische „Staatsgesinnung“ im Geiste von Fichte und Kant, zu der Mündigkeit und politische Urteilsfähigkeit gehörten, wie die „Christliche Welt“ am 10. Jahrestag der Republik betonte.³² Zudem wurde auch für die Stärkung eines demokratischen Nationalismus plädiert, um die Republik zu sichern, indem die Nation „ein gereinigtes starkes Selbstbewußtsein“ entwickelte.³³

Aus Sicht des Herausgebers jedenfalls hatte das „Christliche Welt“ Anfang der 1930er Jahre ein einheitliches Profil gewonnen und konnte auf einer geteilten Grundstimmung seiner Leser aufbauen: „Ich glaube, daß die CW jetzt die große Mehrheit der Freunde hinter sich hat.“³⁴ Ihm war dabei durchaus bewusst, dass die Zeitschrift im kirchlichen Spektrum mit ihrer Betonung von Verfassungstreue und Republikanismus ein Sammelbecken für minoritäre Einstellungen war, die er im Sinne von Kulturstaatlichkeit, Sittlichkeit und Demokratieverständnis zu fördern hoffte: Aus seiner Sicht war die „Christliche Welt“ „eine Heimat geworden für Geister, die anderswo keine Zuflucht fanden.“³⁵

Auch in der Außenperspektive hatte die Zeitschrift einen eindeutigen Standpunkt bezogen. Wie die „Tägliche Rundschau“ giftete, hatten sich die „theologisch-liberalen Demokraten“

²⁹ Hans Hartmann: Die Kirchen als Kampforganisationen, in: CW 33 (1919), S. 133f.

³⁰ „Die Christliche Welt“ bezog sich dabei mehrmals auf das Organ eines erwecklichen Gemeinschaftschristentums „Licht und Leben“: Rade: Verschiedenes. Die Deutschnationale Partei, in: CW 42 (1928), S. 493; vgl. auch schon ders.: Beiträge zu einer christlichen Politik. 3. Geist von Locarno, in: CW 40 (1926), S. 11-13.

³¹ Karl Kindermann: Wider die deutsche Reformationspartei, in: CW 42 (1928), S. 209-213.

³² Hermann Mulert: Staatsgesinnung und Staatskunde, in: CW 42 (1928), S. 1004-1008.

³³ Arthur von Broecker: Soll uns der Tod unserer Helden im Weltkrieg nationalistisch oder pazifistisch machen? Ein Nachklang zum Totensonntag, in: CW 40 (1926), S. 1248-1251.

³⁴ Rade: Zum 5. bis 7. Oktober, in: AdF, Nr. 102, 25.8.1931. S. 1047-1049.

³⁵ Ders.: Freunde der Christlichen Welt in Friedrichroda, in: AdF, Nr. 103, 4.12.1931, S. 1056-1069.

auf eine Linie mit der verhassten Presse der Republik gestellt und sich der „Entente Germania-Mosse-Ullstein-Vorwärts“ angeschlossen.³⁶

2. Der Nationalsozialismus – politische Gefahr oder Zeiterscheinung?

Rade bedauerte im Mai 1932, dass die „Christliche Welt“ erst recht spät begonnen hatte, sich mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Das war „teils aus Neutralität, teils aus Fahrlässigkeit“ geschehen, wie er seinen Lesern mitteilte. Nun jedoch „galt es Partei zu ergreifen“.³⁷

Tatsächlich hatte die „Christliche Welt“ den politischen Arm der völkischen Bewegung bereits in den 1920er Jahren durchaus als gesellschaftliche Gefahr wahrgenommen und sich angesichts ihres raschen Aufstiegs ab 1930 auch mit der Hitler-Partei beschäftigt. Der Breslauer Pfarrer Ernst Moering warnte beispielsweise schon 1925 vor einer von den völkischen Gruppierungen angestrebten „nationalistischen Revolution“ und beschrieb die Militarisierung der vaterländischen Verbände, deren „Ausrüstung mit Infanteriegewehren, Revolvern, Kleinkalibergeschossen, Gummiknüppeln“ sich als Angriff auf die Republik darstellte.³⁸ Gleichwohl konnte der Theologieprofessor Friedrich Niebergall in einer insgesamt ablehnenden Rezension von Wilhelm Stapels „Deutschem Volkstum“ in dem völkisch-konservativ geprägten Nationalismus der Zeitschrift auch positive Aspekte erkennen, insofern hier eine Rückbesinnung auf „deutschen Geist und Wesen“ und neue Autorität angemahnt zu werden schien. Niebergall sah in den völkischen Staats- und Nationsbildern ein auf der Grundlage des protestantischen Bildungsidealismus formbares Potential, das sich mit den eigenen Zukunftsvorstellungen verbinden ließ, wenn eine „Einarbeitung des Liberalismus in die erhoffte neue Zeit“ gelänge.³⁹

Eine deutliche Ablehnung erfuhren die krawallartigen Auftritte von nationalsozialistischen Studenten, die sich zum Jahresende 1930 in antisemitischen Übergriffen in Berlin sowie in öffentlichen Protesten gegen die Berufung des pazifistischen Theologen Günther Dehn auf

³⁶ So berichtet Heinrich Hermelink: Vom Katholizismus der Gegenwart, in: CW 41 (1927), S. 184-187.

³⁷ Rade: Görlitz, in: AdF, Nr. 105, 9.5.1932, S. 1075f.

³⁸ Ernst Moering: Konkordat, Evangelische Kirche, Politische Parteien. Aus der Deutschen Demokratischen Partei, in: CW 40 (1926), S. 963-965. Moering hatte 1924 eine antinationalistische Aufklärungsschrift verfasst: Gegen völkischen Wahn. Rede an Menschen guten Willens, Berlin 1924 (Wege zur Verständigung 2); in ähnlicher Argumentationsrichtung: „Verschiedenes. Völkische Selbstbesinnung“, in: CW 40 (1926), S. 308.

³⁹ Friedrich Niebergall: Bücher und Schriften. Deutsches Volkstum, in: CW 42 (1928), S. 342f.

einen Lehrstuhl nach Halle äußerten. Dass die „Gosse“ nun Politik mache, habe nichts mit Demokratie zu tun, bei der es um „Verantwortlichkeit“ gegebenfalls auch gegen den Willen der entrüsteten Massen gehe.⁴⁰ Immer wieder wurde die Verrohung der politischen Kultur beklagt, wodurch die „Würde“ des parlamentarischen Betriebs und seiner Organe untergeben würde.⁴¹ Das brachte der „Christlichen Welt“ allerdings scharfe Gegenreaktionen ein und den Vorwurf, die Zeitschrift habe die „junge vaterländische Bewegung“ schlicht nicht verstanden, was Rade damit quittierte, dass er seine „Hilf- und Ratlosigkeit“ offen zugab.⁴²

Die Bewertung der NSDAP zwischen einem ablehnend beurteilten antisemitischem Radikalanationalismus und einem wiederholt zugestandenen nationalen „Idealismus“ fiel der Zeitschrift tatsächlich nicht leicht. Die Reaktionen auf die NS-Ideologie zwischen 1930 und 1932 entstanden vor dem Hintergrund einer zunehmenden öffentlichen Polarisierung und wurden als Zeichen einer tiefgreifenden Staats- und Bewusstseinskrise wahrgenommen.

Spätestens bei den Septemberwahlen 1930 war deutlich, dass der Bestand der demokratischen Verfassung zur Disposition stand. Wenn durch die Wahlen ein „Reichstag der Unzufriedenen“ zusammenkommen würde, lag darin in Rades Augen zumindest die Chance, dass der Öffentlichkeit die Augen geöffnet würden über die tatsächlichen Ziele der radikalen Parteien von links und rechts. Es wäre geradezu „heilsam, wenn diese Elemente mal die Reichsregierung in die Hände bekämen“ und sich damit als politische Hasardeure entlarven würden. Für den „besonnenen deutschen Staatsbürger“ konnte es hingegen nur „eine Entscheidung geben: die Parteien stärken, die ohne Furcht und Falsch zur Verfassung stehen.“⁴³

Die bewaffnete Austragung des politischen Konflikts auf der Straße von rechts wie von links wurde als Bestandteil einer zunehmenden „Balkanisierung“ Deutschlands bewertet und scharf verurteilt.⁴⁴ Dabei schienen allerdings deutliche Unterschiede zwischen der NSDAP und den Kommunisten zu bestehen, die aus dem Bewegungs-Charakter der Partei resultierten: Während mit „Edelkommunisten, Idealisten von reinster Gesinnung und Haltung“ eine sachlich-inhaltliche Auseinandersetzung immerhin als möglich erachtet wurde, stellte der

⁴⁰ Rade: Unerfreuliches aus Heidelberg, in: CW 45 (1931), S. 186-188.

⁴¹ Als ein prägnantes Beispiel Ders.: Verschiedenes. Vom Reichstag und von den Zwischenrufen, in: CW 45 (1931), S. 236f.

⁴² Ders.: Verschiedenes. Unsere Stellung zum Nationalsozialismus, in: CW 45 (1931), S. 237.

⁴³ Ders.: Verschiedenes. Nach der Reichstagswahl, in: CW 44 (1930), S. 950.

⁴⁴ Ders.: Verschiedenes. Die Balkanisierung Deutschlands, in: CW 45 (1931), S. 342.

Nationalsozialismus offenkundig keine „Denk-Bewegung“ dar, mit der man disputieren könne, sondern eine quasireligiöse „emotionale Erscheinung: Empfindung, Gefühl, Einbildung, Wille ist alles“.⁴⁵

Als das „Mark in den Knochen der Partei“ wurde allerdings erkennbar der Antisemitismus ausgemacht.⁴⁶ Im Sommer 1932 widmete Rade Hitlers „Mein Kampf“ eine ausführliche Besprechung. Darin hob er einerseits den „spärlichen Gewinn an Einsichten“ in dem „langweiligen Buch“ hervor, andererseits konnte er in den politischen Entwürfen des „Hitlerianismus“ nichts anderes als „hirnverbrannten Rassenfanatismus“ sehen. „Der dies schrieb, wäre vor etlichen Wochen beinahe unser Reichspräsident geworden.“⁴⁷

Trotzdem war im Kreis um Rade vor 1933 noch die Hoffnung verbreitet, dass die NS-Bewegung eingehegt und auf einen verfassungsgemäßen Kurs gedrängt werden könne. So prognostizierte Hermann Mulert 1932 einen baldigen Zerfall der Partei durch innere Auseinandersetzungen und programmatische Unklarheit, sobald sie in eine Regierungsbeteiligung kommen würde.⁴⁸ Ähnliche Erwartungen, durch die Einbindung in die politische Alltagsarbeit eine Einhegung der NSDAP zu bewirken, hatte etwa Gertrud Bäumer in der „Hilfe“ zum Ausdruck gebracht.⁴⁹

Der Kreis um Rade widmete sich ab 1931 einer intensiven Suche nach den politischen und sozialen Motiven, die den Aufstieg der Naziartei begünstigten. Die Eisenacher Tagung der „Freunde der Christlichen Welt“ im Oktober 1931 mit immerhin 66 Teilnehmern galt dem Themenkomplex „Macht und Ehre“ und hatte ausdrücklich auch Rades „politische Haltung“ zum Gegenstand der Auseinandersetzung.⁵⁰ In der Diskussion zeigte sich, wie gebrochen das Verhältnis zur Republik unter einigen der liberalen Theologen war. So gab es unter den anwesenden Pfarrern mehrere Versuche, sich positiv gegenüber der völkischen Bewegung zu positionieren: gegen den liberaltheologischen Individualismus rückten nun die „Bindungen“

⁴⁵ Ders.: Warnung an die Kirche. Vom Nationalsozialismus, in: CW 45 (1931), S. 313-318.

⁴⁶ Ders.: Vom Tage, in: CW 45 (1931), S. 1114-1118 (veröffentlicht am 1.12.1931).

⁴⁷ Ders.: Hitlers „Mein Kampf“, in: CW 46 (1932), S. 649-652.

⁴⁸ Hermann Mulert: Nach den politischen Wahlen in Deutschland, in: CW 46 (1932), S. 474-477.

⁴⁹ Zum Kurs der „Hilfe“ in den 1930er Jahren vgl.: Jürgen Frölich: „Die Umformung des deutschen Seins erlaubt keine passive Resignation“. Die Zeitschrift „Die Hilfe“ im Nationalsozialismus, in: Christoph Studt (Hg.): „Diener des Staates“ oder „Widerstand zwischen den Zeilen“? Die Rolle der Presse im „Dritten Reich“, Münster u. a. 2007, S. 115-129; Thomas Hertfelder: „Nur Demokratie kann Deutschland wieder aufrichten“. Staat und Demokratie im Hilfe-Kreis, 1918-1933, in: Philippe Alexandre / Reiner Marcowitz (Hg.): Die Zeitschrift „Die Hilfe“ 1894-1944. Ein Ideenlabor in Deutschland, Bern 2011, S. 277-315.

des Einzelnen an Volk und Staat in das Interesse der Diskussion. Moniert wurde, dass man nur auf die „Auswüchse“, aber nicht auf das „Positive“ des erstarkenden Radikalnationalismus blicke. Die „Opposition der Nationalsozialisten“ gegen die Republik sei eine Folge der „Kriegsschuldflügel“ und der Entehrung Deutschlands durch die Siegermächte. Sie sei ein „Abwehrmittel“ gegen die „Notlage“ Deutschlands. Angesichts der Weimarer Krise wurde das Fehlen des „großen Gestalters“ beklagt, der die Deutschen eine.

Angesichts der vielen evangelischen Anhänger der NSDAP und ihres Aufstiegs zur „Massenbewegung“ stellte sich die „Christliche Welt“ die Aufgabe herauszuarbeiten, was das „relative Recht des Nationalsozialismus“ darstelle.⁵¹ Aus dem im Nationalsozialismus versammelten politischen und nationalistischen Protestpotential drang scheinbar ein „Ruf“ nach staatlicher Erneuerung an die Gegenwart, dem in der „Christlichen Welt“ ein gewisser Realitätswert beigemessen wurde. Allerdings, so Rade, stellte der Nationalsozialismus ein „verfehltes Mittel“ dar, um dem Drängen nach nationaler Erneuerung angemessen zu begegnen.⁵²

Die Verbindung von Nationalismus und Sozialismus, von Gleichheit und starkem Staat in Verbindung mit einer autoritären Führerfigur besaß eine hohe Attraktivität und ließ sich in der krisengeschüttelten politischen Lage nach 1930 vielfach als Idealbild aufladen. Solche Perspektiven traten etwa 1932 in einer Besprechung der Zeitschrift „Die Tat“ zutage, die unter Hans Zehrer einen enorm wirkungsvollen, neokonservativen Kurs eingeschlagen hatte. Darin wurde der Bogen zu den Anliegen des Nationalsozialismus geschlagen, die insofern als berechtigt anzuerkennen waren, als sich in ihnen angesichts von „Krise, Not und Verfall“ ein „neues Zukunftsbild“ abzeichnete. Die „wirklich positiven Anregungen“ der NSDAP lagen in der Ermöglichung eines nationalen „Neubaus“.⁵³

Die Suche nach einer „relativen Berechtigung“ des Nationalsozialismus schränkte die Möglichkeit einer entschiedenen inhaltlichen Abwehr erheblich ein. Das kam auch in Rades Umfeld zum Ausdruck. Auch wenn man die Nationalsozialisten aufgrund ihrer „Großmäuligkeit und Verworrenheit“ nicht hatte wählen können, glaubten manche von Rades Briefpartnern, im Nationalsozialismus Überzeugungen wiederzuerkennen, die Friedrich Naumann um 1900

⁵⁰ Vgl. den Bericht von Rade: Zum 5. bis 7. Oktober, in: AdF, Nr. 102, 25.8.1931, S. 1047-1049.

⁵¹ Ders.: Warnung an die Kirche. Vom Nationalsozialismus, in: CW 45 (1931), S. 313-318.

⁵² Ders.: Bücher und Schriften, in: CW 45 (1931), S. 913f.

⁵³ Arthur Bonus: Die Tat. Unabhängige Monatsschrift, in: CW (1932), S. 666-668.

im eigenen Lager verkörpert hatte.⁵⁴ Auch Rade konnte den Nationalsozialen Verein als „eine Art Vorkampf“ der NSDAP bezeichnen.⁵⁵

Die theologisch-ethischen Diskurse um einen „Volksnomos“, um „Schöpfungsordnungen“ und eine „neue evangelische Staatslehre“ fanden vor diesem Hintergrund auch in der „Christlichen Welt“ Eingang. Hier überwogen allerdings die kritischen Stimmen. Otto Piper beschwor in einer Göttinger Semester-Eröffnungs-Vorlesung im November 1931 die akademische Verpflichtung zur differenzierten Kritik, zu der Sachkompetenz und historische Bildung gehörten statt Führerglaube und nationalistische Volkstumsvorstellungen.⁵⁶ Auch der Jenaer Theologe Heinrich Weinel unterzog diese Entwürfe einer eingehenden Auseinandersetzung. Wenn – etwa bei Friedrich Gogarten – von „Hörigkeit“ gegenüber den Ordnungen die Rede war, setzte Weinel dem eine liberale „Staatsgesinnung“ entgegen und wies darauf hin, dass die Volkstumstheologien der 1930er Jahre schlicht die Komplexität moderner Gesellschaften negierten. Statt „auf die vermeintliche Stimme Gottes im Augenblick des Lebensdranges“ zu hören, sollte besser einer kenntnisreichen Sachanalyse gefolgt werden.⁵⁷

Im Nationalsozialismus schlug sich aus der Sicht mancher demokratisch gesinnter Kulturprotestanten eine „Weltkrise des Liberalismus“ nieder, die sich nicht nur auf die politische Sphäre beschränkte.⁵⁸ Der Auftrieb der radikalen Republikgegner und die von ihr ausgelöste soziale und persönliche Desorientierung wiesen auf eine fundamentale Krise des Bürgertums und der liberalen Werte hin. Mit Recht befürchtete man, dass das Ideal des nationalen Recht- und Kulturstaates, das nicht ohne Ambivalenzen in den Weimarer Jahren verfolgt worden war, zu zerfallen drohte. Als Symptom dafür ließ sich bereits der Zusammenschluss der DDP mit dem konservativen Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei 1930 nennen. Für Rade waren das „niederschlagende Vorgänge“, durch welche die „spürbare Sympathie“ für den Linksliberalismus im Umfeld der „Christlichen Welt“, wie Rade schrieb, verloren

⁵⁴ Briefe von Arthur Bonus an Martin Rade, 6.10.1930 und die Antwort Rades an Bonus, 14.11.1930, in: Landeskirchenarchiv Eisenach, NL Bonus, 12_003.

⁵⁵ Rade: Meine Entlassung, in: AdF Nr. 111, 10.1.1934, S. 1013-1016.

⁵⁶ Otto Piper: Die politische Lage und der evangelische Akademiker, in: CW 46 (1932), S. 146-153.

⁵⁷ Heinrich Weinel: Schöpfungsordnungen. Eine neue Grundlegung der Sozialethik?, in: CW 47 (1933), S. 194-200, 242-249, 292-301.

⁵⁸ So der Titel eines in der CW wiederholt angezeigten Buches von E. Kautter: Deutschland in der Weltkrise des Liberalismus, Stuttgart 1933; zur wiederholten Problematisierung des Buches vgl. z. B. Rade: Der Liberalismus, in: CW 45 (1931), S. 77-79; ders.: Schlagwort Liberalismus, in: CW 51 (1937), S. 343-345 sowie die Rezension: Hans Maier: Rez. „Deutschland in der Weltkrise des Liberalismus“, in: CW 48 (1934), S. 424.

gegangen war.⁵⁹ „Es ist wahr: das Zeitalter des Liberalismus ist tot,“ so referierte er 1931 einen Artikel aus der „Frankfurter Zeitung“; gegenwärtig würden sich nur noch seine „Hinterbliebenen“ versammeln: in „Überresten“, die sich eher wie „private Bemühungen“ ausnehmen, würde um seine Verlängerung gerungen. Rade rief zum Kampf um die Errungenschaften des Liberalismus auf und für mehr „Humanismus“. Angesichts „überhandnehmender Brutalität“ müsse man rufen: „Der Liberalismus ist tot, es lebe der Liberalismus!“⁶⁰ Rades Leser nahmen allerdings deutlich wahr, dass die von Rade eingeforderte Imprägnierung gegen Autoritarismus im liberalen Geiste doch eher die letzten Zuckungen eines „abgelebten Bürgertums, sich über Wasser zu halten“, darstellten.⁶¹

3. 1933 – „nationale Revolution“ und Gewissensfreiheit

Große Teile des deutschen Protestantismus wurden 1933 von weitreichenden Erwartungen an einen politischen und religiösen Neuaufbruch der deutschen Nation erfüllt, die sich als euphorische Hochstimmung deuten lassen.⁶² Im Vergleich zu dem Begeisterungsturm, der auch die Äußerungen in der protestantischen Kirchenpresse prägte, nahmen sich die Reaktionen auf die „nationale Revolution“ in der „Christlichen Welt“ überwiegend verhalten aus.

In der Rückschau wurde „das Dritte Reich 1933“, so Mulert, durch eine ähnlich überspannte „religiöse Erregung“ begleitet wie die Reichsgründung von 1871. Dazu gehörten der Erfolg der Deutschen Christen, die Änderung der Kirchenverfassung nun mit einem Reichsbischof, sowie der sich im Protestantismus massiv manifestierende Antisemitismus.

Mulert thematisierte schon zu Beginn des Jahres 1933 die Rechtsübergriffe und Gewalttaten des neuen Regimes. Im Februar und im März 1933 verwies er immer wieder auf die Verbindlichkeit der Weimarer Reichsverfassung. Er empfahl ein Verbot von nationalsozialistischen Zeitschriften, die offen den Verfassungsbruch ankündigten. Nach dem Reichstagsbrand warnte er die „Machthaber“ vor der „Versuchung [...] zur Unterdrückung der gesetzmäßigen

⁵⁹ Rade: Beiträge zu einer christlichen Politik. 6. Der Volkentscheid und der Christliche Volksdienst, in: CW 45 (1931), S. 808-810.

⁶⁰ Rade: Der Liberalismus, in: CW 45 (1931), S. 77-79.

⁶¹ Richard Sennewald: Pfarrer und Politik. Rückblick und Ausschau, in: CW 45 (1931), S. 843-848.

⁶² Manfred Gailus: 1933 als protestantisches Erlebnis: Emphatische Selbsttransformation und Spaltung, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 481-511; Frank Becker: Protestantische Euphorien. 1870/71, 1914 und 1933, in: Manfred Gailus / Hartmut Lehmann (Hg.): Nationalprotestantische Mentalitäten in Deutschland (1870-1970), Göttingen 2005, S. 19-44.

Opposition“ durch Schlägertrupps und NS-Propaganda.⁶³ Nach dem Mord an einem jüdischen Sozialdemokraten machte er in der Ausgabe vom 18. März die Nationalsozialisten dafür verantwortlich: „Alle Christen, alle menschlich gesinnten“ müssten nun „im Kampfe gegen Verhetzung, deren Folge solche Taten sind“ zusammenstehen. Vor „blinder Unterwürfigkeit“ sei zu warnen; die „Pflicht selbständiger Gewissensentscheidung“ dürfte auch bei der neuen Bewertung von Volk und Staat nicht aufgehoben werden.⁶⁴ Die Tendenz zu autoritärem Denken galt als mit dem protestantischen Grundprinzipien nicht vereinbar. Für Mulert bestand ein untrennbarer Zusammenhang zwischen „Protestantismus und politischer Freiheit, Protestantismus und Liberalismus“, der ein Übergehen zur NSDAP prinzipiell ausschloss.⁶⁵ Wenn sich die NSDAP auf das Erbe des „deutschen Idealismus, von Schiller und Fichte“ berufen zu können glaubte, dann habe der angefeindete Liberalismus ein viel größeres Recht dazu. Es war aber zu befürchten, dass die „freiheitlichen Ideen“ dieser Traditionslinie hinter „antisemitischen Stimmungen“ und Führerbegeisterung verdrängt würden.⁶⁶

Diesen sehr klaren Einschätzungen stand eine erhebliche Desorientierung im Blick auf eine angemessene kirchen- und vereinspolitische Reaktion auf den Nationalsozialismus gegenüber. Wurde hier einerseits das brutale, rechtsüberschreitende Agieren des Nationalsozialismus deutlich benannt, konnte Martin Rade andererseits das Ergebnis der Reichstagswahl 1933 unter Einschränkungen begrüßen. Angesichts der politischen Lage war es der „im Interesse des Staates bestmögliche“ Wahlausgang, weil damit die Gefahr eines Staatsstreichs gebannt war.⁶⁷ Die Legalität, mit der sich die NSDAP Zugang zur Macht verschafft hatte, täuschte Rade noch 1933 über die tatsächliche Ausrichtung des Regimes hinweg. Dass Hitler die „Machtübernahme“ als „Revolution“ bezeichnete, ließ hoffen, dass nun „ein neuer Anfang“ auf staatlicher Ebene möglich wurde. Durch „törichten Widerstand“ und eine kompromißlose Opposition gegenüber dem Regime, befürchtete Rade, jeglichen Einfluss auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse zu verlieren. Entsprechend forderte er zur Mitarbeit am „Neubau“ des Reichs auf.⁶⁸

⁶³ Hermann Mulert: Verschiedenes. Die politischen Gegensätze in Deutschland, in: CW 47 (1933), S. 238f.

⁶⁴ Ders.: Führertum und Gewissen, in: CW 47 (1933), S. 255f.

⁶⁵ Ders.: Volkskirche und Parteipolitik, in: CW 46 (1932), S. 369-375.

⁶⁶ Ders.: Nach den politischen Wahlen in Deutschland, in: CW 46 (1932), S. 474-477.

⁶⁷ Rade: Verschiedenes. Zu den Wahlen, in: CW 47 (1933), S. 287f.

⁶⁸ Ders.: Ein neuer Anfang (Aus der Frankfurter ‚Christlichen Freiheit‘), in: CW 47 (1933), S. 377f.

Mehrfach wurde ein ideologischer Brückenschlag vom Liberalismus zum Nationalsozialismus angeregt. Im Wissen, dass der Begriff nun verfemt sei, wurde gefragt, ob nicht gegen den westlichen ein „nordischer Liberalismus“ entwickelt werden müsse, der die Verpflichtungen gegenüber Volk und Gemeinschaft über die Freiheit des Einzelnen stelle.⁶⁹ 1934 wurde über einen „Liberalismus im Braunhemd“ nachgedacht: Dabei wurden zwei Sorten Liberalismus nebeneinandergestellt: Den der Willkür und der Eigenmächtigkeit, der überholt sei, sowie „eine nicht-,liberalistische' Freiheit“ „aus innerster Notwendigkeit“.⁷⁰ Und erneut mit Verweis auf Friedrich Naumann wurde auf die nun entstandene „beispiellose Bereitwilligkeit gegenüber den Aufgaben des nationalen und sozialen Lebens“ verwiesen, die auch den liberalen Protestantismus zum „Dienst an der Volksgemeinschaft“ verpflichtete.⁷¹

Eine ähnlich hochproblematische Diskurslage bestand auch hinsichtlich des Antisemitismus. Einerseits appellierten zahlreiche Autoren der Zeitschrift in Eingaben und Protestartikeln an die Kirche, ihrer Verantwortung gegenüber der neuen Lage gerecht zu werden und doch wenigstens für die getauften Juden einzutreten. Wenigstens in den Anfangsjahren des NS-Regimes 1933/34 verfügte die Zeitschrift im Vergleich zu anderen liberalen Blättern wie der „Hilfe“ noch über einen gewissen publizistischen Freiraum, der es ihr ermöglichte, teilweise sehr konkret und über den kirchlichen Rahmen hinaus über die Dienstentlassung politischer Gegner sowie über Übergriffe auf Juden zu berichten und auch aus ausländischen Protesten gegen die allgemeine Judenverfolgung in Deutschland zu zitieren.⁷² Wiederholt drängte Rade seinen Nachfolger Mulert, dass ein publizistisches „Heraustreten aus der Reserve“ notwendig sei. Die Briefwechsel Mulerts zeigen, wie sehr er zwischen dem Erhalt der Zeitschrift, Selbstzensur und deutlichen Stellungnahmen abzuwägen versuchte.

Die Haltung des Kreises um die „Christliche Welt“ in der Konsolidierungsphase lässt sich ohne Verweis auf die Repressalien, denen die Zeitschrift und einige ihrer Autoren ausgesetzt waren, nicht nachvollziehen.

Das staatliche Vorgehen gegen Liberale traf die publizistischen Führungsgestalten der „Christlichen Welt“ erstaunlicherweise wesentlich rascher als etwa den Herausgeberkreis

⁶⁹ Fritz Burbach: Germanisierung des Christentums, in: CW 47 (1933), S. 1128-1133.

⁷⁰ Reinhard Liebe: Der Kampf um die christdeutsche Einheit, in: CW 48 (1934), S. 348-352.

⁷¹ Manfred Köhler: Wir jungen Theologen, in: CW 48 (1934), S. 446-447.

⁷² Vgl. dazu überblicksartig Graf, Rad.

der „Hilfe“. Zum Jahresende 1933 wurde der bereits emeritierte Martin Rade aufgrund seiner entschiedenen demokratischen Haltung in den Weimarer Jahren rückwirkend amtsentpflichtet. Eine ähnliche Entscheidung traf den Kirchenhistoriker Heinrich Hermelink im Folgejahr. Mulert kam der Entlassung selbst zuvor, indem er 1935 auf seine Kieler Professur verzichtete. Über das staatliche Vorgehen gegen politisch missliebige Personen konnte die Zeitschrift allerdings bis Mitte der 1930er Jahre berichten, ohne erheblichen Zensurmaßregeln zu unterliegen.

Auch die Auswirkungen des Antisemitismus betrafen das Blatt. Während die Zeitschrift in der Weimarer Republik durchaus auch jüdischen Autoren ein Forum geboten hatte, erschien am 4. Februar 1933 ein letzter Aufsatz von Hans-Joachim Schoeps, der 1931/32 noch den Posten des Redaktionsassistenten eingenommen hatte.⁷³ Auf Druck des Verlegers Leopold Klotz musste der Pazifist Friedrich Siegmund-Schultze 1934 gegen den Willen Rades seinen eher nominellen Platz als Mitherausgeber räumen, weil er wegen „Hilfe an Juden in 93 Fällen“ ausgewiesen worden war.⁷⁴

Die „Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt“ löste sich im Frühjahr 1934 auf. Zuvor hatte im Haus Rades eine Durchsuchung stattgefunden, bei der die Mitgliederliste der Vereinigung und weiteres, aus Sicht der Gestapo belastendes Material beschlagnahmt wurden. Sowohl das Verbandsblatt „An die Freunde“ als auch Teile von Rades Briefwechsel wurden von der Gestapo überprüft. Wie aus Rades Briefnachlass hervorgeht, löste diese Maßnahme auch die genauere Beobachtung von weiteren Mitgliedern des Kreises aus. In der „Christlichen Welt“ hieß es recht lapidar, dass die Zeit der Vereinigung „erfüllt“ und ihre historische Mission zu einem Ende gekommen war. Aus Rades Äußerungen ließ sich eine deutliche Verbitterung über das Scheitern der politischen wie religiösen Gemeinschaft und ihrer Zielsetzungen erkennen: „Was wollen, was sollen wir noch?“⁷⁵

Doch war er keineswegs bereit, nun auch das liberalprotestantische Kommunikationsnetzwerk insgesamt aufzulösen. Vielmehr wurde an die Frühphase der Vereinigung erinnert, in der bereits ein informeller Freundeskreis als „lose Gemeinschaft“ bestanden hatte. Sowohl in den letzten Ausgaben des Vereinsblattes „An die Freunde“ als auch in der „Christlichen

⁷³ Schoeps: Die talmudische Königslehre, in: CW 47 (1933), S. 129-131.

⁷⁴ Vgl. Graf, Rad.

⁷⁵ Rade: Ueber örtliche Zusammenkünfte, in: AdF, Nr. 110, 25.11.1933, S. 1110f.

Welt“ gab Rade diese Linie vor, die einen Rückzug in das Halbprivate bedeutete. „Es tut not, daß wir ein wenig zusammenrücken,“ hieß es in dem ausdrücklich als vertraulich verstandenen Vereinsblatt. Die „vorhandene Möglichkeit, freundschaftliche Beziehungen weiter zu pflegen“ sollte, wie Rade schrieb, „ausgenutzt werden“. Konkret schlug er den nunmehr „Versprengten, Einsamen“ Besuche, Briefkontakte und örtliche Treffen vor; sich selber verstand er dabei als Schaltzentrale der Kontaktvermittlung: „Wer in Not ist, soll sich an einen von uns wenden. An mich z. B., und ich kann ja sein Anliegen weitertragen. Die neue Zeit fordert neue Weisen.“ In der als Zeitschrift öffentlichen „Christlichen Welt“ wies er zudem vorsorglich auf den „völlig unpolitischen Charakter“ des Kreises hin.⁷⁶

Hermann Mulert konnte die Zeitschrift, in deren Spalten nun überwiegend kirchenpolitische Kontroversen geführt wurden, bis zu ihrer mit Verweis auf die „Kriegswirtschaft“ erzwungenen Einstellung im Mai 1941 weiterführen.⁷⁷ Nur in Einzelfällen wurde die Zeitschrift von Zensurmaßnahmen ereilt, die auch nur sehr lax umgesetzt wurden. Die in der Zeitschrift weiterhin abgedruckten Veranstaltungsberichte, Presseschauen und kirchlichen Nachrichten belegen, dass es gelang, die Vernetzung kulturprotestantischer Liberaler auch nach 1933 noch aufrecht zu erhalten. Dazu trug die Verknüpfung zwischen „Christlicher Welt“ und „Hilfe“ bei, die durch den Wiederabdruck von Aufsätzen, durch Rezensionen und durch eine zunehmende Selbsthistorisierung intensiviert wurde. Prominente Naumannianer wie Gertrud Bäumer oder Paul Rohrbach wurden zu liberalprotestantischen Tagungen wie den „Köngener Wochen“ oder dem Evangelisch-sozialen Kongress als Referenten eingeladen. Umgekehrt stießen die Versuche von Mulert und seinem Umfeld, für Gewissensfreiheit in einer politisch neutralen, jedenfalls nicht vom Nationalsozialismus gesteuerten evangelischen Volkskirche einzutreten, auf die Zustimmung des „Hilfe“-Umfeldes. Als Diskursgemeinschaft ließ sich ein liberales, protestantischen Gesinnungsmilieu also auch nach 1933 aufrechterhalten.

Mulerts Neujahrsandacht von 1936 mag abschließend angeführt werden als Versuch, den Kurs des Kreises zu beschreiben: Ihm zufolge musste unter den gegenwärtigen Bedingungen „die rechte Verbindung von Idealismus und Realismus“ gesucht werden. Eine abwägende

⁷⁶ Rade: Zu unsrer Lage, in: AdF, Nr. 111, 10.1.1934, S. 1018-1020; ders.: Die Vereinigung der Freunde der Christlichen Welt, in: CW 48 (1934), S. 429f.

⁷⁷ Mulert: An die Leser!, in: CW 55 (1941), S. 238.

Haltung, so Mulert, dürfe nicht als „Opportunismus“ missverstanden werden. Vielmehr müsse sich ein aufmerksames liberales Christentum dadurch bewähren, dass es sich einen „klaren Blick für die wirkliche Lage in der Welt, in unserem Volk, in unserer Kirche“ bewahrte und sich mit einem entschiedenen, aber lagebewussten „Dennoch“ an den christlichen Tugenden festhielt.⁷⁸ Wie Horst Sassin formulierte, war es also weniger die Organisationsstärke als Haltungen, in denen liberale Positionen wenigstens in den Anfangsjahren des Regimes ihren Ausdruck finden konnten.⁷⁹

ZITATION:

Christopher König: „Die Fronten sind andere geworden...“ Liberale Kulturprotestanten und der Nationalsozialismus am Beispiel der Zeitschrift „Die Christliche Welt“, in: Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium 2017, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_thk2017_koenig.

⁷⁸ Mulert: Christ und Welt, in: CW 50 (1936), S. 1-4.

⁷⁹ Sassin: Liberale, S. 18f.